

tern gefolgt, ver-
neue Frau. Bei
heraus. Vielleicht
in den Saal ge-
ht als mildender
der. Eine Frei-
heit nicht erfolgen,
fann, der zweimal
und Geltung ge-
gern.

Frankreich selbst
lebhaftes, sondern
schende Urteil recht
immer so bleibt.
ständiges Gericht
in das Gesetz ein-
setzt. Die Türkei ist

"Bleu" schreibt
einen kräftigen und
von fremden Ele-
menten, die Weltbewer-
teispiel des Ge-
wissens, die den Mut und
zu ernähren,
bekommen. Auf
getreten. Bauern
mit einer einzigen
dinnen, und weil
Rinder haben, die
und erwerbslosen
der Einführung
werden. Lassen
beispielsweise. Die
Form der Che-
Kultur und einer
Arbeitslosigkeit ist wie die

em Herrn Fran-
klanden und Elfa-
ni. Sonst könnten
en, die mit einer
die neue Mor-
de, das ist doch
recht die ge-
Man bedenke:
ane, Tragödien,
blätter, welche
als Rücksichtswesen,

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsheim, Hammelshain, Bencha, Borsdorf, Elcha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinau, Klinga, Köthen, Lindhardt, Ponthen, Schmölln, Threna etc.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.



Anzeigenpreise: Die gespaltenen Korpuszeile 70 Pf., auswärts 80 Pf. Mindestens Teil Mk. 1.-50. Anzeigenzeile Mk. 1.-50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.- Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erteilungstages, gehörte noch früher. — Alle Anzeigen-Berichtigungen nehmen Ausdrücke entgegen. — Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Bureau: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güntz & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 102

Sonntag, den 28. August 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Im Handelsregister ist eingetragen worden am 25. August 1921 auf dem die Firma "Vereinsbank Naunhof" in Naunhof betreffenden Blatt 272: Die Generalversammlung vom 25. April 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals um einhunderttausend Mark, in einhundert Aktien zu eintausend Mark zerschlagen, mitin auf zweihunderttausend Mark, beschlossen. Der Gesellschaftsvertrag vom 29. März 1899 ist durch den gleichen Beschluss laut Notariatsurkunde vom 25. April 1921 auch in anderen Punkten abgeändert worden. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Vorstandsmitglied, Privatmann Ernst Hermann Rüdiger in Naunhof ist ausgeschieden. Der Kaufmann Franz Alfred Engelmann in Naunhof ist zum Vorstandsmitglied und zum Stellvertreter des Direktors bestellt worden.

u. Nr. 124 (2)

Amtsgericht Grimma, am 25. August 1921.

Schlußdienst.

Traktinachrichten vom 27. August.

Wirtschaftsschultheiße für die Kriegsboßler.

Berlin. Der Hauptvorstand des Centralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen übergab dem Reichsarbekommissar Braun eine Gingabe, in welcher eine sofortige Erhöhung der Teuerungsablage und eine besondere Wirtschaftsschultheiße für die Kriegsboßler gefordert wird. In der nächsten Woche soll eine gemeinsame Besprechung der Kriegsboßlerorganisationen mit dem Reichsarbekommissariat stattfinden.

Mehr Verwaltungskosten als Entzug bei der Tabaksteuer.

Berlin. Nach einer Mitteilung der Allgemeinen Tabakzeitung werden die Einnahmen der Tabaksteuer zu 5 Prozent von den Verwaltungskosten aufgezehrt. Aus einer Erweiterung des Reichsfinanzministers ist ersichtlich, daß tatsächlich ein Satz von 6 Prozent in Frage kommt.

Gehaltsabzugszahlung in Frank.

Homburg. Der Bürgermeister der Stadt Homburg im Saarland hat als einer der ersten im Saargebiet die Fortsetzung gestellt, sein Gehalt in Frank ausgezahlt zu erhalten. Aus Gründen des Anstellungsertrages mußte diesem Erfuchen nachkommen werden. Das Gehalt des Bürgermeisters steigt dadurch bei dem heutigen Franken um etwas mehr als das Doppelte.

Die Unterschlagungen in Ems.

Bad Ems. Der in der Kasse des Ein- und Ausfuhramtes veruntreute Betrag ist bisher auf vier Millionen Mark festgestellt worden. Einer der Hauptläster namens Weilin, der seit einigen Wochen in Urlaub ist, soll sich in Frankreich aufhalten. Die Nachricht, daß das Kassenbuch gefunden worden sei, bestätigt sich nicht.

Moschmedanische Freiwillige für Ungarn.

London. Aus verschiedenen Ländern des Orients treffen Abordnungen von moschmedanischen Völkern ein, die der Moskau-Regierung ihre Unterstützung anstreben. Insgesamt sollen sich bisher 20.000 Freiwillige bei Kemal Pascha gemeldet haben.

Die Irenantwort nicht befriedigend.

London. "Daily Chronicle" folgt auf die Antwort des Sennheiser auf das Angebot der britischen Regierung nicht befriedigend. Das Kabinett tritt zusammen, um über die Antwort weiter zu beraten. "Daily Chronicle" folgt auf die Antwort der Briten das Angebot der britischen Regierung, er wünscht aber, daß die Verhandlungen weitergeführt werden.

Der neue Friedensvertrag.

Man ist von jener daran gewöhnt, daß alle Dinge, die mit Amerika zusammenhängen, von drüben her als Sensationen ersten oder mindestens zweiten Ranges behandelt werden. So wurden auch um den Vorfrieden und den Vertrag, der nunmehr am 25. August nachmittags 5 Uhr im Auswärtigen Amt zu Berlin von den Herren Dr. Rosen und Dr. Tressel unterzeichnet worden ist, alle Trommeln amerikanischer Verleidertastaltung gerufen, um die Welt auf das große Ereignis vorzubereiten, das sich hier wieder einmal vollziehen werde. Der Vertrag liegt jetzt vor, aber er lädt, schon wenn man allein seinen äußeren Umfang in Betracht zieht, viel zu wünschen übrig. Mehr als die Hälfte davon entfällt auf die Wiedergabe der Kongressresolution, die den Friedensauflauf mit Deutschland schon vor zwei Monaten für beendet erklärt. Der lange Rest gliedert sich in drei Artikel, von denen der erste die Erklärung Deutschlands enthält, alle Rechte, Privilegien, Entschädigungen, Reparationen oder Vorteile, die in jenem Kongressbeschuß näher bezeichnet sind, mit Einschluß aller Rechte und Vorteile, die der Friedensvertrag von Versailles für die Vereinigten Staaten seufzt, anerkennen, ungestrichen der Tatsache, daß dieser Vertrag von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden ist. Der zweite Artikel bestimmt dann des genaueren, welche Teile des Verfasservertrages Amerika als bindend ansieht, welche dort "veranlassten" Rechte und Vorteile es also für sich in Anspruch nehmen will. Dabei wird erklärt, daß diese Anspruchnahme in einer Weise geschehen soll, die mit den Deutschland nach diesen Bestimmungen zustehenden Rechten im Einklang steht. Ausdrücklich wird dann die Übernahme aller Bestimmungen über den Völkerbund, den Völkerbundsrat, die Völkerbundversammlung und die

Völkerbundssatzung von Amerika abgelehnt, und das steht, aber nicht die Verpflichtung der Union feststellt, an den Arbeiten der Reparationskommission teilzunehmen. Zum Schluss findet sich noch die Zusicherung, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden sobald als möglich in Berlin vor sich geben solle. Das ist alles — wenig oder viel, wie man es nehmen will.

Wenig, wenn man bedenkt, daß seit dem Waffenstillstand fast drei Jahre vergangen sind und daß wir mit den übrigen Hauptgegnern aus der Zeit des Weltkrieges schon seit mehr als drei Jahren in Frieden leben. Wenig auch, wenn man ferner bedenkt, daß die Gewalt der Tatsachen und die Macht der Verleidertastigkeiten sich über alle noch bestehenden diplomatisch-politischen Schwierigkeiten hinweggesetzt haben, und daß zwischen Deutschland und Amerika schon geraume Zeit im großen und ganzen kaum ein anderes Verhältnis bestanden hat, wie etwa zwischen Deutschland und Italien. Wenig aber auch, wenn man daran denkt, daß nun erst ein wirklich ins einzelne gehender, die Gesamtinteressen auf beiden Seiten umfassender Friedensvertrag, mitsamt der notwendigen Neuregelung unserer handelswirtschaftlichen Beziehungen in Angriff zu nehmen ist. Es ist richtig, daß in der Einleitung des Vertrages von dem Wunsche geredet wird, die freundschaftlichen Beziehungen, die vor Ausbruch des Krieges zwischen den beiden Nationen bestanden haben, wiederherzustellen, daß also der Eindruck eines Diktats à la Versailles gefälschlich vermieden worden ist. Wir stehen aber andererseits vor der Tatsache, daß der Kongressbeschuß, der in diesem Vertrag aufgenommen wurde, hat auch nicht auf ein Büßfertchen der amerikanischen Reichsansprüche gegenüber allem beschlagnahmten deutschen Eigentum verzichtet.

Will es demgegenüber viel besagen, daß man sich außerhalb des Vertrages, also nichtamtlich sozusagen, darüber verständigt hat, mit diesem Vertragwerk den Weg zu einer "gerechten und billigsten Regelung" aller auf dieses Eigentum bezüglichen Fragen ebnen zu wollen? Das sind im besten Falle gute Vorläufe, deren Ausführung, was Amerika betrifft, von unkontrollierbaren Faktoren, wie jedem möglichen Wechsel der politischen Machtpositionen abhängt. Eine Justiz von moralischem Gewicht allenfalls, wie überhaupt die moralische Bedeutung dieses Vertrages größer sein mag als die materielle. Doch muß auch in dieser Beziehung vor Überschätzung gewarnt werden. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß es dem Präsidenten Harding als Reichspräsident Wilsons wohl angestanden hätte, die schreckbare Schulde dieses Mannes an dem deutschen Volke freier und williger widerherzustellen, als dieser Vertrag es anbahnt. Und wenn auch versichert wird, daß während der ganzen Dauer der Verhandlungen die Schuldefrage nicht berührt worden sei, so wird doch der gesamte achtte Teil des Verfasservertrages in diesem Abkommen vom 25. August von Amerika mit in Anspruch genommen, und in diesem Teil findet sich der berüchtigte Artikel 231, der das Deutschland abgepreiste Schuldenanerkenntnis enthält. Sei mir, wir brauchen es nicht zu wiederholen, aber die Amerikaner haben es auch nicht wiederholen, daß sie sich gewonnen, es an ihrem Orte ausdrücklich abzulehnen. Man ist um diesen wunderlichen Punkt wie um einen heißen Brei herumgegangen, und die Franzosen werden es gewiß nicht unterlassen, aus dieser Art der Behandlung die Folgerung zu ziehen, daß die Amerikaner die Schuldsfrage nicht anders betrachten, als man es in Paris tut.

Der Reichstag wird den Vertrag ohne Zweifel annehmen, weil er dem gegenwärtigen Zustand immerhin vorzuziehen ist. Er wird es aber ohne jede Begeisterung tun.

Aber 25 Milliarden Mark deutsches Eigentum.

Der amerikanische Verwalter des beschlagnahmten feindlichen Eigentums, Miller, ist im Besitz von 418 727 971 Dollar. Davon sind 314 179 463 Dollar deutsches Eigentum. 14 Millionen Dollar entfallen auf die beschlagnahmten deutschen Schiffe, die gegenwärtig unter amerikanischer Flagge segeln. Sobald die Ratifikation durch die beiden Länder vollzogen ist, muß vom Kongress ein besonderes Gesetz angenommen werden, etwa darin, daß deutsches Eigentum, welches sich in den Vereinigten Staaten befindet, zurückgegeben werden kann. Es ist aber möglich, daß die Rückgabe nicht erfolgt, deshalb ist es auch möglich, daß die Rückgabe nicht erfolgt; denn ungefähr 400 Millionen Dollar, die gegenwärtig noch in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt sind, sollen zum Teil als Zahlung für die von amerikanischen Bürgern und von der amerikanischen Regierung erlittenen Schäden dienen.

Erzberger ermordet!

Offenbach a. M., 26. August.

Der ehemalige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger ist heute mittag in einem benachbarten Bade, wo er mit seiner Familie zur Erholung weilte, ermordet worden. Erzberger hatte wie täglich einen Spaziergang angestrebt und wurde mit zwölf Schüssen im Körper tot aufgefunden.

Weiter wird gemeldet: Erzberger befand sich heute vormittag 9 Uhr auf dem Weg von Bad Griesbach zur

Alexander-Schanze in der Begleitung des Zentrumsabgeordneten Diez. Zwei Jungen im Alter von etwa 25 Jahren drangen auf die Abgeordneten ein, trennten ihn und töteten Erzberger durch Schüsse in die Brust. Abg. Diez ist verwundet und befindet sich im Spital in Oppenau. Es ist bereits festgestellt, daß kein Raubmord vorliegt.

Einigung über die Gehaltsforderungen

(Nach den amtlichen Mitteilungen.)

Für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches.

Die unter dem Vorstand des Reichskanzlers geführten Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben zu einer Einigung geführt. Das Reichskabinett wird mit größter Beschleunigung zu dieser Vereinbarung Stellung nehmen. Ihre Annahme ist sicher. Nach Verabredung mit den Führern der Reichsstaatsfaktionen sollen die erhöhten Bezüge alsbald nach Zustimmung des Reichstags angewiesen werden; die Zustimmung des Reichstags wird nachträglich eingeholt werden.

Aufschläge für planmäßige Beamte.

Der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortzzuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten wird für die Orte der Ortsklasse A auf 93 Prozent

Ortsklasse B - 91 -
Ortsklasse C - 89 -
Ortsklasse D - 87 -
Ortsklasse E - 85 -

festgesetzt. Diese Erhöhung entspricht einer Aufzehrung der Familieneinzüge um 13% bis 20 Prozent in den Ortsklassen A bis E.

Wochenplanmäßige Reichsbeamte.

Die männlichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag in der Höhe, daß ihr Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag das Diensteinkommen der ersten Beoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreicht. Die weiblichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag einen planmäßigen Beamten der ersten Beoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreicht. Die weiblichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag bis zur Erreichung eines Gesamtbezuges, wie er hier ergaben würde, wenn unter Zugrundelegung des Teuerungszuschlags für die planmäßigen Beamten sowie des Ortzzuschlags für die erste Beoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe die Diätensätze betrugen würden vom Beginn des 1. Dienstjahrs ab 75 Prozent, vom Beginn des 2. Dienstjahrs ab 70 Prozent, vom Beginn des 3. Dienstjahrs ab 60 Prozent, vom Beginn des 4. Dienstjahrs ab 50 Prozent, vom Beginn des 5. Dienstjahrs ab 40 Prozent, vom Beginn des 6. Dienstjahrs ab 30 Prozent, vom Beginn des 7. Dienstjahrs ab 20 Prozent.

Ab 1. August 1921.

Die Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen werden in den Orten der Ortsklasse A auf 200 Prozent, in den Orten der Ortsklasse B und C auf 175 Prozent, in den Orten der Ortsklasse D und E auf 150 Prozent festgesetzt. Die vorge-

nannten Teuerungszuschläge werden ab 1. August 1921 gewährt. Die Unterhaltszuschläge im Vorberichtsdienst werden erweitert. Eine Einbedämpfung der vorliegenden bewilligten Erhöhungen zur Abdeckung noch nicht getätigter, seinerzeit gewährter Vorschüsse wird nicht stattfinden. Für die Beamten, die vor dem 1. August 1921 aus dem Arbeitersstand in das Beamtenverhältnis übernommen worden sind, findet eine Anrechnung der Erhöhung des Teuerungszuschlags auf die Ausgleichszulage nicht statt. Dagegen wird angerechnet Erhöhung des Grundgehalts bei Aufrüstung in eine höhere Dienstalterstufe und bei Beolderbung. Erhöhung des Ortzzuschlags wegen des Übertritts in eine höhere Ortzzuschlagsgruppe. Die durch die Regelung bewirkte Erhöhung der Diätensätze. Erhöhung des Grundgehalts, Ortzzuschlags und Diätenzuges zu rückzuführen ist.

Die Angestellten.

Für Angestellte finden die Bestimmungen sinngemäß Anwendung. Die Bezüge der männlichen volljährigen Angestellten werden entsprechend den fünf ersten Sägen, wie oben bei den weiblichen Beamten, die Bezüge der weiblichen volljährigen Angestellten in den ersten fünf Vergütungsstufen erhöht. Die Grundsätze über Erhöhung des Grundgehalts, Aufzüge, Übertritt in höhere Ortzzuschlagsgruppen u. u. finden sinngemäß Anwendung auch auf die persönlichen Zulagen der Angestellten der Reichsverwaltung gemäß Paragraph 19 des Zeitarbeitsvertrages vom 4. Juni 1920 mit der Maßgabe, daß Erhöhungen der Bezüge infolge Verlängerung des Dienstzeitraumes in eine höhere Ortzzuschlagsgruppe. Die durch die Regelung bewirkte Erhöhung der Diätensätze. Erhöhung des Grundgehalts, Ortzzuschlags und Diätenzuges zu rückzuführen ist.

Arbeiter, Pensionäre, Hinterbliebene.

Der bisherige Teuerungszuschlag für männliche Arbeiter über 21 Jahre wird ab 1. August pro Stunde um 1 Mark erhöht werden. Hierbei sind die den Beamten gewährten Erhöhungen der Kinderzuschläge bereits mitberücksichtigt, so daß der bisherige Soziallohn der Arbeiter eine Änderung nicht erfordert. Eine Anrechnung auf die durch Tarifverträge oder sonstige Vereinbarungen bedingten persönlichen und besonderen Zulagen findet nicht statt. Die Festlegung des Teuerungszuschlags für Arbeiterinnen, für Arbeiter vom 18. bis 21. Jahre, für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge bleibt noch besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Für Pensionäre und Hinterbliebene werden die aus der Erhöhung des Teuerungszuschlags nach dem V. G. G. Ven-

menden
Knoten
für
Knaben
und
Mädchen
empfohlen
in
Gartenstr. 36

Erdmannshain
Festtag abend wird
zwein
ab.
s. 5. — u. 6. — 9.

urnen
kunst.
Eheleben,
wird nach Astro-
deutung) berech-
bartsdatum und
senden. Viele
en aufzuweisen.

Hannover,
s. 2. III.
erklärung.

Bern Kaufmann
bler, von mir im
gebunden
digungen nehme
seßlich zurück, da
es unwohl u. un-
Ella Hirsch.

sondergängungsgegesetzes neu ergebenden Folgerungen gezogen. Die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel werden bereitgestellt.

Ob die getroffene Einigung nun auch wirklich die Lösung der ganzen Frage bedeutet und Verbilligung in die beteiligten Kreise bringt, ist noch keineswegs sicher. In Berlin hat bereits eine Versammlung von Mitgliedern des deutschen Eisenbahnerverbandes stattgefunden, in der nach dem Berichte eines kommunistischen Blattes auf das schärfste gegen die Bevölkerung von 1 Mark Aufschlag zum Stundenlohn protestiert wurde. Man verlangte, daß unbedingt an der Forderung von 1,50 Mark festgehalten werde, und stellte in Aussicht, der Regierung ein Ultimatum zu senden und für den Fall der Nichtbilligung für den 1. September den Streik anzudrohen. Ob die anderen Eisenbahnerverbände sich dieser Drohung anschließen, muß sehr bezweifelt werden.

Die Deckungsfrage.

Das Reichskabinett beschäftigt sich zugleich mit der Frage, wie für die Beamten, Angestellten und Arbeiter zugeschriebene Gehaltsabzüglichungen Deckung gefunden werden soll. Es ist noch nicht entschieden, ob diese Mehrbeträge durch Tarifabzüglichungen gedeckt oder noch in den allgemeinen Steuerabzügen mit hineingebracht werden sollen. Es besteht die Ansicht, daß die Post- und die Eisenbahndienstbehörde für die ihnen entstehenden Mehrabgaben selbst aufzukommen haben. Die aufzubringende Summe wird auf etwa 10 bis 11 Milliarden Mark geschätzt.

Wieder Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife.

Es soll bereits wieder an eine Erhöhung der Person- und Gütertarife gedacht werden, um die durch die Lohn- und Gehaltsabzüglichungen entstehenden Mehrausgaben zu decken; die neue Erhöhung der Tarife soll in allerdringlichster Zeit erfolgen.

Da jedoch eine Bekündungsfrist von fünf Wochen vor Inkrafttreten verstreichen muß, dürfen die neuen Tarife etwa Mitte Oktober gleichzeitig mit der Einführung des Wintersfahrplans in Kraft treten. Die Erhöhungen werden im Personen- wie im Güterverkehr, dem Betrieb nach, 25 Prozent der jetzt geltenden Sätze, also etwa das Acht- bis Neunfache des Friedenspreises betragen. Die Reichspostverwaltung dürfte sich mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Postgebühren um 10 Prozent begnügen, jedoch sind Beschlüsse in dieser Richtung nicht gesetzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bauteil Reichskommissar für Wiederaufbau.

Kommerzienrat Dr. Guggenheim hat das auf wiederholten Wunsch des Reichskabinetts im Mai d. J. übernommene Amt des Reichskommissars zur Ausführung von Ausbauarbeiten in den zerstörten Gebieten niedergelegt. Die Übernahme des Amtes war von vornherein nur vorübergehend erfolgt. An seiner Stelle hat der Reichspräsident den Oberpräsidenten a. D. v. Bassot zum Reichskommissar ehrenamtlich ernannt. Bassot ein Abkommen über Sozialleistungen zustande kommt, handelt es sich für die beteiligten deutschen Gewerbe um Austräge bedeutender Umsangs.

Verbot des Notgedecks?

Die Ausschüsse des Reichsrats haben sich auf eine Entschließung geeinigt, die Reichsregierung möge ein gesetzliches Verbot von Notgeld erlassen, die künftig nur ausnahmsweise mit Ermächtigung der Zentralbehörden erfolgen darf. Es soll auch nicht mehr gestattet werden, daß Notgeld unter Ausnutzung des Sammellehres zur Verbesserung der Finanzen der Gemeinden ausgegeben würde. — Der Reichsrat beschloß die Pragung von 100 Millionen Mark in 50-Pfennig-Stücken aus Aluminium, vierzig Millionen Mark in 10-Pfennig-Stücken aus Zink und zwanzig Millionen Mark 5-Pfennig-Stücken aus Eisen.

Keine Gefährdung des Seeverkehrs nach Ostpreußen.

Das Oberpräsidium in Königsberg erklärt, daß die Zeitungsberichte über eine Einstellung des Seedienstes nach Ostpreußen durchaus unrichtig sind. In der Sitzung im Reichsverkehrsministerium, auf die in den Blättern hingewiesen wurde, sind lediglich Fragen technischer und finanzieller Natur behandelt worden, die mit der Weiterführung des Seeverkehrs nicht zusammenhängen. Vora einer Gefährdung des Seeverkehrs kann keine Rede sein.

Aufrechterhaltung des Kettendiensts.

Der polnische Minister des Äußeren Sklumunt und ein Berlin auf der Durceroise anwesender Vertreter der polnischen Regierung haben den deutschen amtlichen Stellen ausgeschert, daß die polnische Regierung für die Aufrechterhaltung des Kettendiensts Sorge tragen wird. Von polnischer Seite wird behauptet, der Eisenbahnerstreik sei im Erlöschen.

Die Helgoländer Frage.

Die Unzufriedenheit der Helgoländer mit ihrer staatsrechtlichen Stellung innerhalb Preußens hat schon zu recht bedauerlichen Verwicklungen geführt, die die tollsten Gefüchte im Gefolge hatten. So wurde neuerdings behauptet, die freie Stadt Hamburg wolle Helgoland einverleiben. Demgegenüber wird jetzt von der Reichsregierung und von der preußischen Regierung amlich festgestellt, daß derartige Pläne nirgends irgendwie ernsthaft erwähnt worden seien. Es wäre sehr wohl zu wünschen, daß diese peinliche Frage, in der die Helgoländer leider nationale und lokale Interessen nicht recht miteinander in Einklang bringen können, baldigst beigelegt würde.

Norwegen.

• X Russisch-norwegischer Handelsvertrag. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Norwegen und Rußland sind zu Ende geführt. Über alle Punkte wurde völlige Übereinstimmung erzielt. Die offizielle Unterzeichnung muß noch stattfinden. Der norwegische Handelsminister erklärte, daß die Frage der Ansprüche auf Schadenerlass seitens der norwegischen Zivilbevölkerung gegen die Sowjetregierung nicht im Vertrage behandelt werde.

Ungarn.

X Konflikt mit Österreich. Sämtliche Komitate des Landes hielten in Budapest eine Generalversammlung ab, in der eine Entschließung gefasst wurde, welche die Regierung auffordert, die diplomatischen Beziehungen mit Österreich abzubrechen und sofort die Grenzsperrte in Kraft treten zu lassen.

Rumänien.

X Bulgarisch-rumänischer Zwischenfall. Die rumänische Kommission zur Abnahme des Viehs, das Bulgarien nach dem Friedensvertrag Rumänien zurückzuerstatten hat, ist bei der Ankunft auf bulgarischem Gebiete von der bulgarischen Grenzwache mit Schüssen empfangen worden. Der Zwischenfall hat großen Eindruck auf die rumänische öffentliche Meinung gemacht. Die Interalliierte Kommission soll sofort die nötigen Schritte unternommen haben.

Türkei.

X Verhältnisse der griechischen Niederlage bei Gordium. Aus semitischer Quelle wird der Bericht der griechischen Niederlage bestätigt. Nach einem fünftägigen Gefechte muhten sich die Griechen auf Eiselschirur zurückzuziehen. Der türkische Nachrichtendienst in Paris empfing von dem türkischen Befehlshaber in Izmith eine amilie Meldung, worin das Vorstehende bestätigt wird. Die Türken verfolgten die Griechen. U. a. wurde ein griechischer Munitionstrupp von 18 Wagnen bei Ternel von den Kemalisten vernichtet. Dieselbe Kolonne vernichtete zwei Brücken und einen zweiten Zug auf der gleichen Eisenbahnlinie. König Konstantin, der in Eiselschirur weilt, lebt seit einigen Tagen an Darmbeschwerden; er muht wiederholt erbrechen und fiel dann in Ohnmacht. Nach den leichten Meldungen verbrachte der König die Nacht ruhig und ohne Fieber. Die Regierung entsandte den Professor Christomani und den Leibarzt Monosoff nach Eiselschirur.

Aus In- und Ausland.

Bosnien. (Die Tarife im Bergbau.) Zur Verhandlung der neuen Tariftregelung im Bergbau finden Verhandlungen im Reichsbahndienstministerium in Berlin statt, zu denen die beruhenden Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen geladen sind.

München. Hier berichtete starke Erregung, da Straßen-demonstrationen gegen die Teuerung geplant werden. Die Polizei hat alle Straßendemonstrationen verboten.

London. Die Antwort des Britenreichs auf das englische Regierungsbürgerschaft ist Lord George überreicht worden. Die englische Antwort soll alsbald abgegeben.

Schließungsgefahr im Getreidehandel.

Außländer mit Phantasiepreisen.

Die deutsch-nationalen Fraktion hat im sächsischen Landtag folgende Anfrage eingebracht: „Ist der Staatsregierung bekannt, daß gegenwärtig Händler Phantasielpreise für Getreide, z. B. 300 Mark und mehr für den Rentner Weizen, bezahlt und daß durch solche Aufläufe die Verbraucherbevölkerung in steigendem Maße beunruhigt wird. Die Geschäfte dieser fremden Außläufer müssen bei uns zu weiterer Teuerung und Hungersnot führen. Was hat die Regierung getan, um zu verhindern, daß das Getreide nach dem Ausland verschoben wird?“

Auch in Bayern rechnet man mit unliebsamen Vorfällen. Die bayerische Regierung erläutert zur augenblicklichen Lage eine Kundgebung, in der erklärt wird, daß sie beim Reichsrat zunächst eine Verordnung beantragen werde, nach welcher der Handel mit Getreide und Kartoffeln konzessioniert und überwacht werden soll. Die weitere Gewährung von 200 Gramm Tagesquote auf den Kopf der Bevölkerung zu dem amilie billigen Preis ist durch die Bevölkerung zu dem amilie billigen Preis ist durch die Reichsregierung sichergestellt. Die Regierung warnt dringend, sich vom politischen Radikalismus zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Die Staatsregierung würde auch in diesem Falle mit allen Mitteln Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrechterhalten, wenn es politischen Hegen gelingen sollte, die Massen wieder auf die Straßen zu treiben.

Doch das Getreide aufgelaufen wird, dürfte sich nicht nur auf Sachsen und Bayern, sondern auch auf das ganze Reich beziehen. Denn der Handel mit Getreide, soweit es sich nicht um Umlagegetreide handelt ist frei. Demgemäß ist also zu befürchten, daß sich der Handel dieses wertvollen Spekulationsobjektes bemächtigt. Dabei wird es sich aber nicht bloß um ausländische Händler, sondern auch um Deutsche handeln. Zurzeit beträgt der Preis für die Tonne Umlagegetreide 2100 Mark, während der Weltmarktpreis zwischen 4000 und 4500 Mark schwankt. Wenn unser Brot noch einen erschwinglichen Preis hat, so liegt dies daran, daß das Reich auch in diesem Jahr die respektable Summe von dreieinhalb Milliarden Mark für Verbilligung des Brotes bereitgestellt hat. Wenn nicht alles trügt, wird es aber diese Summe überschreiten, um mit Sicherheit zu verhindern, daß der Preis für das Brot noch weiter hinaufschneidet. Man dürfte sich darüber im klaren sein, daß das vor kurzem erfolgte Emporsteigen des Brotpreises der Ausgangspunkt für neue Gehalt- und Lohnsteigerungen ist. Aber man darf vielleicht zugleich der Hoffnung Ausdruck geben, daß dies einer der letzten großen Höhepunkte nach oben ist, es sei denn, daß irgendwelche besondere Verhältnisse eintreten. Im nächsten Wirtschaftsjahr werden wir uns ja gewiß anderen Verhältnissen gegenübersehen, denn dann wird voraussichtlich das Umlageverschafft verhindern sein und der freie Handel in seine vollen Rechte treten können.

West- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

An den nächstehenden ausländischen Börsenplätzen wird gegenwärtig für 100 Mark deutsche Reichswährung gezahlt:

| | Leichter Kurs | Vorleichter | Kurs v. |
|----------------------|---------------|-------------|----------|
| | 26.8. | Kurs 25.8. | 1.1.1914 |
| Amsterdam | Gulden | 8.73 | 8.82 |
| Kopenhagen | Kronen | 6.77 | 7.03 |
| Stockholm | Kronen | 5.89 | 5.51 |
| Wien | Kronen | 988,14 | 1018,33 |
| Bürich | Frank | — | 6.99 |
| Paris | Frank | — | 15.88 |
| London | Schilling | 6.29 | 6.45 |
| Atom | Pire | — | 27.70 |
| Newark | Dollar | 1.16 | 1.19 |
| | | | 23.41 |

* Berliner Produktionskräfte. Notierungen im freien Verkehr vom 26. August: Weizen 200—205 M., Roggen 163—168 M., Hafer 160—190 M., Blatta-Mais 105—120 M., Brotflocken 18—20 M., Weizen- und Roggenflocken 21—24 M., Haferflocken 18—20 M., Maisflocken 17—19 M., Bäckflocken 21—23 M., Weizenflocken 45—50 M., Getreide 53—66 M., Kleebrot 86—88 M., Bäckflocken 170—180 M., Getreide 170—180 M., Brotflocken 155—165 M., Brotlaibe 290—305 M., Brotflocken 105—115 M., Serdelka 130—160 M., Lupinen 80—100 M., gelbe 110—130 M., Hafer 285—295 M., Kleeflocken 225—235 M., Kleinflocken 175—195 M., Tortenflocken 70—90 M., Weizenflocken 60—80 M., Olli-Deg 66—68 M. für 50 Kilogramm ab Verladestation.

* Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmärkte. Kaufpreis im Fleisch ansteigend, Kalbfleisch etwas knapp. Preise dementsprechend für Kalbfleisch etwas höher. Rindfleisch 9 bis 13 M., ohne Knochen 15—17 M., Kalbfleisch 14—18 M., Hammelfleisch 10—14 M., Schweinefleisch 18—21 M., Rüdenfleisch und Fleisen je 12 M., das Blund, Tomaten 3—4 M., das Blund, Bittere 1—150 M., das Eich, Margarine 10—16 M., das Blund.

* Die Goldbanknote der Reichsbank. Die Reichsbank feiert beinahe seit einiger Zeit gleich wie die Post für das Reich Goldstück, Feingold und ausländische Goldmünzen zu Preisen, die offiziell von ihr festgelegt werden. Wie wir hören, sind auf diese Weise bis jetzt etwa 12 bis 15 Millionen Mark Gold angekauft worden; der größte Teil hierauf ist nach New-York gefandt worden.

* Preislösung in Bayern. Aus verschiedenen Beziehen Bayern kommt die Nachricht, daß die Bauern damit beginnen, die Preise für notwendige Lebensmittel, wie Milch, Getreide, Kartoffeln, herabzulegen und sich mit den eingezogenen Kommissionen zu einigen. Für Getreidesäfte ist der Stückpreis von drei auf zwei Mark ermäßigt worden.

Das neue Steuerprogramm

12 neue Steuergesetze.

Die Reichsregierung hat nunmehr ihr neues Steuerprogramm im Wortlaut der Differenzlichkeit zur Artikl übergeben. Es handelt sich um folgende Gesetzesstücke:

1. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern,
2. Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung von Zöllen,
3. Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Kohlensteuer-
4. Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Umlaufsteuer-
5. Entwurf eines Kapitalverkehrssteuer-
6. Entwurf eines Verlagerungssteuer-
7. Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuer-
8. Entwurf eines Kennzeichensteuer-
9. Entwurf eines Vermögenszuwachssteuer-
10. Entwurf eines Gesetzes über eine Abgabe vom Vermögen-
11. Entwurf eines Gesetzes über eine Abgabe vom Vermögen-
12. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abverkaufs-

Die wesentlichen Grundzüge dieser neuen Entwürfe sind der Differenzlichkeit bereits bekannt. Sie stellen, wie von amilie Seite hierzu einmal ausdrücklich bezeichnet wird, keine Steuerreform dar, sondern alte, bereits bestehende Gesetze werden abgeändert und den eindrücklichen Bedürfnissen des Reiches angepaßt. Die Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß wir durch die Annahme des Kommissars Ultimatums vor der unumgänglichen Notwendigkeit stehen, unsere ganze Steuerkraft anzuspannen, um den Beweis zu erbringen, wiewohl wir in der Lage seien, das Ultimatum auszuführen.

Neue Reichssteuern.

Die ganze Hölle ist erwacht.
Die Steuerzettel bei Tag und Nacht
Erhöhen an allen Enden!
O frisches Geld, o neuer Lang!

Ruhr, Steuerbürgert, sei nicht bang —

Nun darfst du alles, alles spenden!

Die Welt wird schlechter mit jedem Tag.

Man weiß nicht, was noch werden mag.

Denn keiner weiß, was in ihm ist.

Verdammte ein Bürger seine Pflicht,

Zahl' " die Wolfe Steuern nicht,

Dann lädt man alles, alles plauden!

(Aus der Leipziger Volkszeitung.)

Schäßliche und lokale Mitteilungen.

Nürnberg, den 27. August 1921.

Wochblatt für den 28. und 29. August.
Sonnenaufgang 5^h (5^m) | Mondaufgang — (12^m R.)
Sonnenaufgang 6^h (6^m) | Monduntergang 8^h (4^m R.)

28. August: 1749 Johann Wolfgang v. Goethe in Frankfurt a. M. geb.

29. August: 1866 Dichter Hermann Löns in Rümmingen (Westfalen) geb. — 1910 Kinderlehrer Löns in Japan.

Treibende Kräfte.

Wohin treiben wir? Oder hätte es überhaupt keinen Zweck mehr, eine solche Frage aufzuwerfen? Es sind Stimmen, die lassen sich alle vernehmen: „Viele die Dinge laufen wie sie wollen, und jetzt nur zu, daß ihr möglichst gut und reizlich zu leben habt. Nehmt nichts dazu ernst und nicht die vergnüglichen Stunden nach allen Seiten aus! Vergnügt euch nicht in tragische Probleme, die ihr doch nicht lösen könnet, sondern haltet euch an gegebenen Tatsachen und, wenn sie dumme und Abel sind, so — so findet euch damit ab, so gut oder so einigermaßen gut es eben geht...“ Aber es ergeht auch andere Mahnrufe: „Gerade jetzt darf man nicht einfach alles ins Blaue greifen lassen! Ihr müsst nicht bloß an euch selber denken, das persön

Wie der den Weg zu nicht den n es de 2 Völkerbund Über schleien hatte, hat, wo er in Madrid und wohl an Das Eisen e nötig hat, sp brennen. Be Begründung heißt es dor die man in 1 nicht herum schen einma eine solche es sich um d das die unpa triert. Die hafte. Sie h Rat, dem die Schiedsrichtung ob sich nun seim wie Deutsche spruch über wahrscheinlich wird in der um Recht und Macht, um und es müht Frankreich sic durch irgend entscheiden zu bereit. Und a seines Landes vergessen können.

Was also sem oder jene oder Herrn erstattem a tun wollte, si Bourgeois ob sen wenden. sen begleiterun Franzosen un Berichterstattung. Was bliebe Chinesen?

Die Herrn bestigen, bitten daran überhaupischen und nissen nicht auf den Grund getun verpflichtet, lebt, daß ein abgeben muß denheiten über Polen von De Das aber war blem. Um ob einem Brennpunkt der Ausgang Politik hervor gung haben, um an dessen men — dann verbundsrat französische fehr unverwundbar möchte sein. Paris wird ja geben habe, L'Angeboten noch, er werde nehmen.

Andere Sicherheit, daß ma lung en zu bringen, und gegen diesen Über schleien sind indessen Madrid will es schluss, auf den Belagerungsring sein dürfen. Einen guten nachbarschaft, und Ober sie feinwollten Verständigung wird es nicht Leidenschaft Frankreich haft und verzichten, den in seiner Gewalt zu einer Gewalt wirklich nicht das einer jold deutsch ist, geot.

Man kann Völkerbundsratheit, die darin ihm die sozufü überließ, mag verbundgebund schen.

Der Sta

Wa

Unsere Gip

flande der Ab

Goldner Stern Naunhof.

Erstes und größtes Haus am Platz!

Sonntag, den 28. August das

große amüsante Ballfest.

Beginn 4 Uhr. — Volles Orchester.

Empfehlung vorzüglich. Mittagstisch. // Alle Sorten Obstweine am Lager.

Es lädt freundlichst ein Richard Zschiesche.

Mühle Lindhardt

Sonntag



Große Ballmusik mit Preistänzen

Preisrichterin: Fräulein Emma Grondona, Ballettmeisterin der städtischen Theater Leipzigs. Anfang 4 Uhr. — Preistänzen von 9 bis 10 Uhr abends.

Der Besitzer

Rothenburger Erker

empfiehlt seine vollständig renovierte, exklusive Gastronomie. Unheimliches Restaurant mit Dörseler Billard. Gesellschaftszimmer, Saal, Veranden, herrlichem Garten etc. besonders geeignet zur Abhaltung von Familienfeierlichkeiten. Befestigtes Vollbier in Friedensstärke. Eis, Eisgetränke etc. Geöffnete Trauben- und Obstweine zu soliden Preisen. Auf Bestellung Formeneis außer dem Hause.

Ortsverein

der U. S. P.

Heute abend 8 Uhr

Veranstaltung

im Stern, Saalstube

Genoss. Fichte Leipzig spricht über die gegenwärtige politische Lage. Alle willkommen, auch erwünscht, daß alle Mitglieder erscheinen. W. König, Vorst.

Allg. Sportklub, Naunhof

Sonntag nach Fuchsberg

Abmarsch 1 Uhr Parthenenstraße 2. S. N. I. geg. Fuchsberg. I. Sgd. II. S. N. II geg. Fuchsberg. I. An. D. B.



Mit 20 Liter Wasser ein angenehmes Wellenbad
Wilh. Garbade, Leipzig, Dorotheenplatz 2. Telefon 15001. Vertreter gesucht.

Stangenleinen, Linon und Nessl zu Bettwäsche, buntes Bettzeug, Inlett, weißer Barchent und Handtücher Schürzen und Schürzenstoffe

nur ausserordentlich gute Ware zu den billigsten Preisen

Franz S. Dietrich, Wurzener Straße 53.

Gasthof Eicha.

Sonntag, den 28. August

Ortsfest mit Ball.

Ergebnis lädt dazu ein Otto Schirmer.

Californische Fancy

Apricosen

1 Pfund Mr. 24.—

Calif. Santa Clara

Pflaumen

1 Pfund Mr. 7.50

Californische Fancy

Ring-Äpfel

1 Pfund Mr. 12.—

empfiehlt

Otto Tag

Telefon 98.

Schwimmverein Naunhof

Montg., 29. Aug., abends 8 Uhr

VERSAMMLUNG

in der Schloßmühle. — Gäste willkommen.

Ratskeller Naunhof.

Morgen Sonntag, den 28. August von 4 Uhr ab

Feine Ballmusik.

Bier in Siphons. Vorzugl. Weine.

Rudolf Böttger.

Gasthof Erdmannshain

Morgen Sonntag, den 28. August, von 5 Uhr an

öffentliche Ballmusik

ausgeführt von der Leipziger Mandolinen u. Gitarrenvereinigung

Freundlich lädt dazu ein W. Krause.

Gasthof Albrechtshain

Sonntag, den 28. August

Orts-Erntefest.

Von 4 Uhr ab Ball.

Gasthof Staudnitz

Sonntag, 28. August

Erntefest

Von 4 Uhr an stark besetzte Ballmusik

Wagner.

Gasthof Köhra

Morg. Sonntag zum Orts-Erntefest lädt freundlich ein M. Trittsche.

Jahres-Hauptversammlung

am Freitag, d. 2. September 1921, abends 8 Uhr im Gesellschaftszimmer des „Rothenburger Erkers“.

Tagesordnung:

Jahres- und Kassenbericht.

Neuwahlen des Vorstandes und der Ausschüsse.

Stellungnahme zu den bevorstehenden politischen Wahlen.

Allg. Aussprache über Gemeinde- und polit. Fragen.

Wir bitten unsere Mitglieder dringend um zahlreiches und rechtzeitiges Erscheinen.

Naunhofer Bürger-Ausschuß (Bürgerrat) e. V.

Warten Sie nicht länger

wenn Sie

Möbel

benötigen, denn die

Preise steigen

täglich. Durch günstige Abschlüsse bin ich in der Lage, noch sehr

preiswerte Zimmer

anzubieten.

Besichtigen Sie daher meine

Riesen-Ausstellung

mit ca. 300 Zimmern.

Lieferung frei Haus!

Nur Qualitätsmöbel :: Langjähr. Garantie

Josef Hirsch

Leipzig, Zeltzer Str. 6b

Hauptgastwirtschaft Messplatz

Eröffnung Sonntag vormittag 11 Uhr

Vollständig erneut — Großstädtischer Betrieb Täglich internationale Damen-Ringkämpfe

Aschenbrenner

mit seinen fidelen Oberlandner. — Humoristische Vorträge und Gesangs-Duette. — Schuhplattleränze. — Schlachtfeste. — Hühnerbraterel. — Rostbratwürste. — Speisen und Getränke in bekannter Güte. — Nachmittags von 4 bis 7 Uhr: Kaffee und Gebäck.

Ergebnis lädt ein Burkhardt Zeisner

Sportverein Naunhof

Sonntag vorm. 10³⁰

I. Meisterschaftsspiel.

S.V.N.I.-Liebertwolkwitz

Eintritt 1. — Mk. Schüler 0.50 Mk.



Zu haben: Drog. Otto Hackelberg, Grimmaerstr. 29 und in allen einschlägigen Geschäften.

Beilage zu den Nachrichten für Naunhof.

Nr. 102.

Sonntag, den 28. August 1921.

32. Jahrgang.

Das heiße Eisen.

Wie der Oberste Rat scheint nun auch der Völkerbund den Weg zur Lösung der oberschlesischen Frage nicht finden zu können. Der spanische Vertreter Quinones de Leon, dem Graf Ihl als Vorsitzender des Völkerbundsrates das Amt des Berichterstattlers über Oberschlesien für die bevorstehende Tagung angetragen hatte, hat, wie gemeldet wurde, ablehnen müssen, nachdem er in Madrid mit der neuen Regierung des Herrn Mauro und wohl auch mit König Alfonso zu Rate gegangen ist. Das Eisen ist eben sehr heiß, und niemand, der es nicht nötig hat, hält Lust dazu, sich an ihm die Finger zu verbrennen. Von Madrid aus wird natürlich eine andere Begründung für die Absage gegeben. Man möchte sich, heißt es dort, für die Schiedsrichterrolle aussparen, um die man in dieser Frage am Ende aller Enden wohl doch nicht herumkommen werde. Spanien hat, wie man weiß, schon einmal in einer Frage der internationalen Politik eine solche Schiedsrichterrolle gespielt. Damals handelte es sich um die Karolinen-Inseln, und Deutschland war es, das die unparteiische Entscheidung des spanischen Königs antrief. Die Begründung klingt also einigermaßen glaubhaft. Sie hat aber zur Voraussetzung, daß der Oberste Rat, dem durch den Friedensvertrag die endgültige Entscheidung über Oberschlesien aufgelegt ist, von dieser Verpflichtung oder, je nachdem, Berechtigung, zurücktritt und sich nun seinerseits einer unbeteiligten Macht unterwirft, wie Deutschland gewünschte, sich seinem Machtanspruch über Oberschlesien zu unterwerfen. Eine sehr unwahrscheinliche Lösung des Konflikts, denn in Wahrheit wird in der oberschlesischen Frage schon lange nicht mehr um Recht und Gerechtigkeit gekämpft, sondern um die Macht, um wirtschaftlichen und politischen Machtzuwachs, und es müßte schon sonderbar in der Welt zugehen, wenn Frankreich sich dazu entschließen sollte, diesen Machtkampf durch irgend einen wahrhaft unparteiischen Schiedsrichter entscheiden zu lassen. Dazu ist Herr Briand gewiß nicht bereit. Und auch wenn er es wäre, die öffentliche Meinung seines Landes würde ihn davonjagen, wenn er sich soweit vergessen könnte.

Was also wird nun geschehen? Man spricht von diesem oder jenem belgischen Minister. Von Herrn Jasper oder Herrn Hysman, denen nunmehr das Berichterstattamt angetragen werden soll. Wenn Graf Ihl das tun wollte, so könnte er sich ebenso gut an Herrn Leon Bourgeois oder irgend einen anderen waschechten Franzosen wenden. Denn die Belgier sind aus blinder Franzosenbegierde ebenso unbedingt Polenfreunde wie die Franzosen und eignen sich also zum Amt eines objektiven Berichterstatters ebenso gut wie der Bär zum Tanzen. Was bleibt also übrig? Der Brasilianer oder der Chines?

Die Herren werden, wenn sie einigen guten Geschmack besitzen, bitten, von ihrer Person Abstand zu nehmen, falls daran überhaupt gedacht werden sollte, da sie den europäischen und insbesondere den deutsch-polnischen Verhältnissen nicht nahe genug stehen, um den Dingen so tief auf den Grund gehen zu können, wie es ein Berichterstatthalter zu tun verpflichtet ist. Wir haben es zwar schon einmal erlebt, daß ein japanischer Hochstifzler den Schiedsrichter abgeben mußte bei deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten über den Umfang des Eisenbahnmaterials, das Polen von Deutschland zu fordern angeblich berechtigt war. Das aber war ein verhältnismäßig untergeordnetes Problem. Im oberschlesischen Streitfall aber treffen, wie in einem Brennpunkt, alle die Ausstrahlungen zusammen, die der Ausgang des Weltkrieges in der großen europäischen Politik hervorgebracht hat. Graf Ihl wird kaum die Regierung haben, den Vorsitz im Völkerbundsrat niederzulegen, um an dessen Stelle den Berichterstattposten zu übernehmen — dann aber weiß man wirklich nicht, wie der Völkerbundsrat aus der Verlegenheit herauskommen soll. Französische Blätter, denen die Belagerung des Spaniers sehr unerwünscht kommt, reden dem Japaner gut zu, er möchte sein Glück in Madrid noch einmal versuchen. Aus Paris wird schon gemeldet, daß Graf Ihl bekanntgegeben habe, Quinones de Leon hätte das ihm gemachte Anreben noch nicht endgültig abgelehnt, man könne hoffen, er werde die ihm zugedachte Rolle doch noch übernehmen.

Andere Schlauberger werden nicht müde, zu versichern, daß man versuchen wolle, direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen in Gang zu bringen, und fügen beruhigend hinzu, daß der Oberste Rat gegen diesen unmittelbaren Weg zur Verständigung über Oberschlesien gar nichts einzuwenden hätte. Das alles sind indessen nur Verlegenheitsmanöver, nichts weiter. Madrid will nun einmal Zurückhaltung üben, ein Entschluß, auf den auch das schwere Unglück der spanischen Belagerungsgruppen in Marokko nicht ohne Einfluß gewesen sein dürfte. Wenn ja, so muß den Spaniern jetzt an guten nachbarlichen Beziehungen zu Frankreich gelegen sein, und Oberschlesien ist ihnen nicht wichtig genug, um sie feindselig auf Spiel zu setzen. Und eine direkte Verständigung zwischen Deutschland und Polen? Die wird es nicht geben, solange der neue Polenstaat am Leitseile Frankreichs seinen Weg zu machen sucht. Frankreich hält und fürchtet uns und kann deshalb nicht darauf verzichten, den polnischen Gesetzsmann zu unserer Rechten in seiner Gewalt zu behalten. Daß Deutschland seinerseits zu einer Verständigung mit Polen bereit ist, braucht es wirklich nicht erst zu beweisen — vorausgesetzt natürlich, daß einer solchen Verständigung nichts von dem, was deutsch ist, geopfert zu werden braucht.

Man kann also auf die weiteren Entwicklungen des Völkerbundsrats einigermaßen gespannt sein. Die Weisheit, die darin gelegen haben soll, daß der Oberste Rat ihm die sogusagen lezte Entscheidung in Oberschlesien überläßt, mag leicht wohl schon vielen Freunden des Völkerbundes in etwas eigenartigem Licht erscheinen.

Der Stand unseres Bahnbetriebes.

Was die Eisenbahner sagen.

Unsere Eisenbahn ist erschöpft bestrebt, aus dem Zustande der Abgerissenseit, der infolge des Kriegs eingetreten ist, herauszu kommen. Die ausgeschafften und lange nicht reparierten Wagen kommen allmählich in besserer Verfassung aus den Reparaturwerkstätten heraus, der Verkehr wird durch Vermehrung der Züge gehoben, stellenweise soll sogar demnächst eine kleine Verbilligung der Fahrpreise eintreten. Das die alten glänzenden Verhältnisse der Vorkriegszeit noch lange nicht erreicht werden können, versteht sich von selber; dazu sind die eingerissenen Schäden zu groß, die Abnutzung zu stark, nicht zu vergessen die Ablieferungen an die Entente. Es kommt dazu, daß die Eisenbahnverwaltung oder, besser gesagt, der Staat in den goldenen Jahren, da die Bahn noch Überschuss machte, wenig an die Zukunft gedacht hat. Hätte man damals einen ergiebigen Reservefonds geschaffen oder bloß die Reparaturwerkstätten ständig zeitgemäß entwickelt, so hätte die heutige Generation ein ellichteres Arbeiten. Es ist eine irgende Voraussetzung, daß man heute alle Schwierigkeiten, die heute den Betrieb belasten, auf die Angestellten und Arbeiterschaft schlägt, wie es, wenngleich teilweise, in Artikel geschah, die jüngst durch die Presse gingen.

Gestiegen sind natürlich auch die Personalaufgaben, nicht nur infolge der Valutaverhältnisse und der allgemeinen Gehaltssteigerungen, sondern auch infolge der Zunahme der Kopfzahl. Die Umwälzung hat der Achtstundentag gebracht. Früher wurde in zehn Stunden gearbeitet, wozu oftmals noch drei bis vier Stunden Hausarbeit kamen. Dadurch wurde eine Personalvermehrung unumgänglich. Die Eisenbahn konnte sich auch der Ehrenpflicht nicht entziehen, Beamte, die als Kriegsverletzte, zum Teil Schwerbeschädigte, zurückkamen, sowie solche, die von polnischer Willkür und französischer Gewalt flüchteten, in ihrem Betriebe zu behandeln und zu beschäftigen. Man konnte die Opfer des Krieges und der Kriegszeit nicht auf die Strafe sezen. Während des Krieges sind ferner Bahnüberwachungsabteilungen eingerichtet worden, die mit dem eigentlichen Bahnbetriebe nichts zu tun haben; infolge der vielen Unregelmäßigkeiten wurden sie nachher beibehalten. Das alles belastet natürlich den Haushalt der Eisenbahnverwaltung nicht unerheblich.

Unter diesen Umständen wird man es verstehen und nicht etwa als ein Zeichen schlechter Verwaltung oder bösen Willens der Angestellten anssehen dürfen, wenn die Eisenbahn heute noch mit einem Defizit abschließt, trotz der vermehrten Einnahmen durch Erhöhung der Tarife. Wir dürfen froh sein, wenn es in absehbarer Zeit gelingt, den Staat zu balanzieren und inzwischen den Wagenpark und Güterfahrzeuge wieder auf die Höhe zu bringen.



Zum Andenken und Nutzen schneiden und heben!

Fernsprechordnung und Gebühren.

Ab 1. Oktober 1921.

Die auf Grund des Fernsprechgebühren-Gesetzes vom Reichspostminister mit Zustimmung des Reichsrats zu erlassende Fernsprechordnung, die die Bedingungen für die Benutzung der Fernsprechanstaltungen und die Gebühren für den Fernsprechverkehr mit Wirkung vom 1. Oktober ab festsetzt, ist am 25. August vom Reichsrat verabschiedet worden. Die Fernsprechteilnehmer sind danach berechtigt, Einrichtungen, deren Gebühren durch die Fernsprechordnung erhöht werden, bis zum 15. September 1921 zum 30. September 1921 zu kündigen. Hinsichtlich der Hauptanschlüsse endigt diese Kündigungsfrist nach dem seinerzeit verfündeten Fernsprechgebühren-Gesetz am 1. September 1921. Die wichtigsten Gebühren der neuen Fernsprechordnung sind folgende:

Einmalige Gebühren.

Die Einrichtungsgebühr beträgt: für einen Hauptanschluß 200 Mark; für einen Nebenananschluß im Gebäude des Hauptanschlusses 100 Mark; für einen Nebenananschluß in einem anderen Gebäude 300 Mark.

Laufende Jahresgebühren.

Buschlag bei Anschlüssen, die mehr als 5 Kilometer von der Vermittlungsstelle entfernt sind, für jede vollen oder angestammten nach der Luftroute gemessenen 100 Meter Doppelleitung außerhalb des 5 Kilometerkreises 36 Mark; Gebühr für einen Reichseigenen Nebenananschluß mit gewöhnlichem Apparat 126 Mark; dazu für jede vollen oder angestammten nach der Luftroute gemessenen 100 Meter Doppelleitung außerhalb des 5 Kilometerkreises 36 Mark; Gebühr für einen nichtreichseigenen Nebenananschluß 60 Mark; Buschlag für jede Nebenstelle, die sich in den Wohn- oder Geschäftsräumen eines Dritten befindet 40 Mark; Gebühr für eine Querverbindung zwischen verschiedenen Grundstücken 804 Mark; (720 Mark Pauschalbetrag und 42 Mark für jedes bei den beiden Hauptstellen durch die Querverbindung belegte Anschlußorgan), dazu für 100 Meter Doppelleitung 36 Mark; Gebühr für Anschlußdosenanlagen für jede Anschlußdose 12 Mark; für jeden außer dem Hauptapparat gewöhnlich tragbaren Apparat 84 Mark; für jeden mit der Anschlußdosenanlage verbundenen kleinen Weder 24 Mark; für je 100 Meter Anschlußdosenlinie (Luftrouteentfernung) 36 Mark.

Gesprächsgebühren, Telegrammaufnahmegebühren usw.

Gebühr für ein Ortsgespräch von einer öffentlichen Sprechstelle aus 10 Pfennig; für ein Gespräch im Vorort- und Begleitwertebetrieb 75 Pfennig; für die vorherige Übermittlung des Namens der Person, mit der ein Ferngespräch geführt werden soll, 2 Mark; Gebühr für eine Dauerverbindung zwischen zwei Teilnehmeranschriften derselben Ortsbezirks während einer Dienstpause der Vermittlungsstelle 1 Mark; Gebühr für die Aufnahme eines Telegrams durch den Fernsprecher für das Wort 10 Pfennig, mindestens 2 Mark.

Das Zusprechen angenommener Telegramme durch den Fernsprecher an Teilnehmer geschieht auf Antrag kostenfrei.

Berdächtige Verzögerung.

Der Beuthener Offiziersmord vor Gericht.

Anfang Juli wurde, wie erinnerlich ist, in Beuthen bei einem Zusammenstoß zwischen französischen Truppen und der Bevölkerung der französische Major Montalégre durch einen Gewehrschuß, dessen Ursprung nicht ermittelt wurde, getötet. Die Untersuchung des Falles hat sonderbar krumme Wege genommen. zunächst wurden die Deutschen beschuldigt, dann wurde nachgewiesen, daß nach der ganzen Lage der Schuß nur von einem Franzosen oder einem Polen abgegeben worden sein konnte. Dann wurde die Anklage gegen einen gewissen Joseph erhoben, gegen den jetzt endlich die Verhandlung vor einem besonderen Gerichtshof des außerordentlichen Kriegsgerichts der Interalliierten Kommission stattfand. Es wurden 23 Zeugen und 2 Sachverständige vernommen. Die Verhandlung endete mit dem Gerichtsbeschluß, daß

eine sofortige Beleihenshau angeordnet

werde zur Feststellung der Art des tödlichen Schusses. Die Verhandlung des Urteils soll am Dienstag, den 30. 8. stattfinden. Dieser Beschluß des Gerichts gibt Veranlassung, daran zu erinnern, daß sofort nach dem Tode des Offiziers von deutscher Seite vorgeblich eine Beleihenshau gefordert worden war. Zumaldest das Kaliber des Geschosses konnte damals leicht festgestellt werden. Das ist, obwohl es geradezu selbstverständlich gewesen wäre, nicht geschehen. Es ist nun sehr fraglich, ob nach so langer Zeit eine solche Obduktion genügend verlässliche Grundlagen für ein ärztliches Gutachten liefern wird. Es ist ein sehr verdächtiges Verfahren, auf Grund solcher unsicherer Feststellungen, die seinerzeit ancheinend abschluß unterlassen wurden, nun ein Urteil zu fällen.

Die zurückkehrenden Flüchtlinge,

die seinerzeit von den polnischen Banden von Hans und Hof aus Oberschlesien vertrieben wurden, kehren jetzt nach Wiederherstellung einer gewissen Ruhe und Ordnung wieder in ihre Heimat zurück, nicht ohne schwere Verfolgungen vor neuen Bedrohungen durch die Polen. Zur Sicherung dieser zurückkehrenden Bevölkerung haben Vereinbarungen zwischen der Interalliierten Kommission und Vertretern des Deutschen Ausschusses und des Obersten Polnischen Volksrates stattgefunden, auf Grund deren sich die Interalliierte Kommission der Sicherheit der zurückkehrenden Flüchtlinge ganz besonders annehmen und erneute Verfolgungen oder Gewalttätigkeiten gegen die heimgekehrten Flüchtlinge in strengster Weise ahnden wird. Auch der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien und der Oberste Polnische Volksrat werden durch besondere Beauftragte darüber wachen, daß die zurückkehrenden Flüchtlinge nicht von neuem irgendwelchen Verfolgungen und Verfolgungen ausgesetzt sind.

In Rosenburg und Lublin

Ist man gegenwärtig in großer Sorge, da die Vorfälle in Georges eine Trennungskrise mitten durch diese Kreise entstehen. Die Bevölkerung hat aber dort eine starke deutsche Mehrheit bei der Abstimmung aufgetreten, und jetzt protestiert sie energisch gegen jede Abtrennung von Deutschland, besonders nachdem die bekannte freiwillige Abstimmung jetzt eine noch höhere deutsche Mehrheit ergab, als seinerzeit die Abstimmung vom 20. März. Selbst viele Leute, die damals polnisch stimmten, schließen sich jetzt dem Protesten gegen die Trennung von Deutschland an.

Die Truppenverstärkungen.

Die englische Regierung hat dem Botschafter in Berlin Lord d'Abernon Weisungen erteilt, sich dem Schrift seines französischen Kollegen anzuschließen und die deutsche Regierung davon zu verständigen, daß die Verbündeten sich über die Entsendung von sechs Bataillonen nach Oberschlesien verständigt haben, von denen je zwei auf England, Frankreich und Italien einzufallen.

Der Aufstand in Süd-Indien.

Beschämung der Lage.

Nachdem die englischen Zeitungen lange genug über die Unruhen in Indien sich ausgeschwiegen haben, wird jetzt plötzlich zugegeben, daß die Briten "fortdauern".

Im Gebiet von Madras ist eine fanatische Mohammedanische aufgetreten, die man Moplahs nennt. Die Bevölkerung, die beim Kolonialministerium in London eingeworfen erscheint, daß der Zustand in Calicut ernst ist. Frauen und Kinder sind nach der Kaserne gebracht worden. Der Gouverneur hat erfuhr, ein Kriegsschiff mit Soldaten nach der Stadt zu entsenden. Man schaut, daß bereits über 1000 Menschen in dem von der Aufstandsbewegung berührten Gebiete, das 2-3000 Quadratkilometer beträgt, ums Leben gekommen sind. Männer, Frauen und Kinder sind ermordet worden.

Die Moplahs rütteln plündernd und sengend gegen Calicut vor. Aus den Städten geben Hinterufe ein. Verbündete Strelitzträume sind abgegangen. Es kam bereits zu Zusammenstößen zwischen Moplahs die durch die Propaganda Ghandhis aufgeschüttet sein sollen, und den Verbündeten, wobei 5-700 Moplahs von den Verbündeten getötet worden sind.

Besuch des Thronfolgers unerwünscht.

Neuer meldet aus Lahore, daß dort in einer Massenversammlung unter freiem Himmel eine Entschließung gegen den Besuch des Prinzen von Wales angenommen wurde, worin es heißt, daß Volk von Lahore werde den Prinzen nicht willkommen heißen, solange die Wunden, die die Erklärung des Standesrichts geschlagen habe, nicht geheilt seien, solange die Versprechungen bezüglich des Kalifats nicht erfüllt seien und solange im ganzen Lande der Hunger herrsche.

Bericht des Botschafts.

Nach einer Mitteilung, die Lord Reading, der Vizekönig von Indien, an das Kolonialamt gerichtet hat, sind die Unruhen infolge einer aufziehenden Rache eines Moplahführers ausgebrochen und haben in Tirurangad begonnen. In Malabar haben Aufständische Polizeiabteilungen angegriffen, den Bahnhof eines Ortes gestürmt und das Postbüro geplündert. Nach einer aus Madras in London eingegangenen Meldung haben 3000 Aufständische in Khadiuniform die Garnison von Tirurangad am 20. August angegriffen; diese hat jedoch das Feuer auf sie eröffnet und ihnen schwere Verluste beigebracht. Auch wird aus Bangalore über von Eingeborenen begangene Morde berichtet. Ein Tele-

Gramm aus Bombay besagt, daß die Russlandischen eine Stadt im Südbindien belagern. Nach einer Meldung des "Matin" aus London besagt eine aus Bombay eingegangene Nachricht, daß im Verlauf der Unruhen von Malabar die Russlandischen rote Fahnen mit dem türkischen Halbmond führen. Es sei nicht möglich, Einzelheiten über die Lage zu erhalten, da die Verbindungen zwischen Calicut und den benachbarten Städten völlig unterbrochen seien. Indessen ist es sicher, daß sich ganze Bezirke im Aufstand befinden.

Der neue Sultan von Bagdad.

Nach manchem Hin und Her hat es der Emir Hesel, vorher ein kleiner Bevölkerungsreich, nun doch erreicht, daß er als Herrscher des Irak, d. h. des südlichen Mesopotamien, anerkannt worden ist. Der britische Oberkommissar hat das Wünschenswerte veransagt. Wie drastisch gemeldet wird, überreichte er dem König Hesel eine Volksliste des britischen Königs, worin dieser seinen Glückwunsch dazu ausspricht, daß Bagdad wieder der Sitz eines arabischen



König Hesel.

den Irak zu erfüllen. — In Wahrheit ist der neue "König" nichts anderes als ein britischer Vasall. Es steht eine bloße Nebensatze vor, wenn davon gesprochen wird, daß Bagdad jetzt wieder "Sitz eines arabischen Königreiches" sei. Zwischen Harun al Raschid und Hesel läßt eine ebenso breite Kluft wie zwischen dem heutigen Nizam von Haiderabad und dem Großmogul Albar der Vorzeit. Wenn jetzt ein Vertrag zwischen England und dem Irak in Aussicht gestellt wird, so heißt das auf Deutsch: man wird von London aus dem König Hesel schriftlich zu verstehen geben, was er zu tun und zu lassen hat, während falls er sich die etwaigen Folgen selbst zuschreibt haben wird. Zu diesem Zwecke ist ihm ja der britische Oberkommissar als älterer Bruder zur Seite gefehlt, der ihn mehr oder minder sanft am Gängelbande leiten wird, so daß er den rechten Weg nicht verfehlt.

Nah und Fern

Der Weltkongress läuft in Konstanz. Das Amtsgericht Berlin-Schöneberg gibt folgendes bekannt: Über das Vermögen des Kaufmanns Karl Höhn, Inhaber der Sportbank "König-Konzern" zu Berlin-Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße 12, wird das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Walther Schubert, Berlin, Lutherstraße 12, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 10. November bei dem Gericht anzumelden. Die Frage, ob die Höhn'schen Rennpferde weiterhin zu den Rennen zugelassen werden sollen, ist damit entschieden. Der Rennstall gehört zur Masse, und die Pferde können erst dann wieder starten, wenn sie einen neuen Besitzer gefunden haben. Zwischenzeitlich ist die Staatsanwaltschaft bemüht, sich über den Verbleib einer Summe von 40 Millionen Mark zu vergewissern, da bisher nur 4 Millionen Mark aufzufinden werden konnten.

Fünf Personen verbrannten. Im Hause des Buchhändlers Ehinger in Hagenau am Bodensee brach in der Nacht aus unaufgeklärte Ursache Feuer aus. Zwei Wohnhäuser und der große Gasthof von Adler sind abgebrannt. Ehinger, seine Frau, seine beiden Kinder und ein Ferienkind wurden ein Opfer der Flammen.

Im Wechselspiel des Lebens.

Roman von Konrad Reulink. 29

"Du hättest auch in diesem Falle ja etwas für möglich?" "Aber natürlich! Weißt du soll es nicht jemand geben, der dem Unternehmen dabei gehilft ist — aus Gründen — nun, vielleicht aus rein persönlichen Motiven."

"Unmöglich, Paul! In diesem Falle muß es sich doch aber um einen ganz gewissenlosen Menschen handeln, der rücksichtslos mit dem Schicksal einer großen Anzahl Menschen geradegangen spielt?"

Paul trank hastig sein Glas auf und füllte es von neuem, er fieberte förmlich; seine Lippen zuckten unruhig hin und her, und das Glas glitterte in seiner Hand: "Geradezu spielt — ja, ich — es ist — gewissenlos meinst Du? — Natürlich! Aber nun, stelle Dir auch vor: die Leidenschaft — das dämonische Machtgefühl, das bei einem solchen Spiel in der Brust eines Mannes groß wird! Abenteuer gibt es ja doch genug, die nicht nur ihren eigenen Vorteil dabei suchen, sondern aus Lust und Freude am Bestürzen so handeln. Auch Du, Vater, kennst ja doch die Leidenschaft des Spielers."

"Ich?"

Mit einer seltenen großen Gesten, die Rechte mit den gespreizten Fingern gegen die Brust drückend, suchte der Kohlenhändler sein Erklären anzudrücken.

Paul lächelte begütigend.

"Ach, ich meine das natürlich ohne jede verworfliche Nebendeutung. Aber so ein kleiner Hasard oder eine Doppelsonne am Totalisator."

"Mein lieber Junge! Du willst damit doch nicht sagen, daß Dein alter Vater —"

"Nein, gewiß nicht! Aber, nicht wahr —"

"Ach ja!" Richard Gehrmann lächelte halb schläfrig, halb geschweift, wie ein Sesshauner, den man für einen Don Juan erklärt, weil man ihn bei einer Fensterpromenade überfallen hat, "seinen eigenen Reiz hat es ja. Und wer nicht ganz und gar ein Dackmäuse ist —" er zog die Schultern empor und machte eine seiner törichten Bewegungen, indem er die Arme schwingte und die Handflächen nach außen wandte, "zumal jemand, der in der großen Welt lebt, wie ich

Frankfurt spendet für Niedersachsen 50 000 Mark. Auf Antrag der kommunistischen Partei wurde in der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag des Stadtverordneten Dr. Goldschmidt (Demokrat) angenommen, der die Überweisung eines Betrages von 50 000 Mark an das Rote Kreuz, oder eine andere politisch-neutrale Stelle für die hungrende Bevölkerung Niedersachsens verlangt.

○ Amerikangs höchster Steuerzahler. Der Gemeinderat von Amerikang hat beschlossen, die Steuerpflicht des früheren deutschen Kaisers seit Ankunft in Holland anzunehmen. Die Steuerpflicht ist auf 135 000 Gulden festgesetzt.

○ Großfeuer in Moskau. Aus Reval und Riga eingetroffene Nachrichten melden, daß in Moskau seit zwei Tagen ein ungeheures Großfeuer wählt. Mehrere Viertel der Stadt stehen in Flammen. Dreihundert Häuser sind vernichtet worden, darunter das Vollgebäude. Zahlreiche Personen sind bei dem Brande umgekommen.

○ Hafenbrand in Remscheid. Ein Feuer im Remscheider Hafen zerstörte zwei Piers, an denen die beiden Dampfer "Wheston" und "Leviathan" (der frühere deutsche Dampfer "Vaterland") lagen. Der Dampfer "Wheston" hatte zweitausend Leichname amerikanischer gefallener Soldaten aus Frankreich an Bord. Der Sachschaden ist nicht sehr erheblich, da im Zusammenhang mit dem Leichentransport sämtliche Handelswaren von den Kaisen entfernt worden waren. Der Armeelandungsplatz in Hoboken steht in Flammen. Der ehemalige deutsche Dampfer "Vaterland" ("Leviathan") brennt. Der "Wheston" konnte mit Mühe abgeschleppt werden.

○ Die Volkszählung in England und Schottland zeigt die höchste erreichte Bevölkerungsziffer. Gegenüber der jetzt erreichten Gesamthöhe der Bevölkerung von 42 767 530 (20 430 623 männliche, 22 336 907 weibliche) wurden 1911 im ganzen gezählt 40 831 396 (19 754 447 männliche, 21 076 949 weibliche). In London mit allen seinen Nebenzonen wurden jetzt 7 476 616, 1911: 7 251 353 Personen gezählt.

○ Eisenbahndiebstähle. Die Frankfurter Kriminalpolizei ist umfangreichen Diebstählen bei der Eisenbahnserstellung auf die Spur gekommen. Es wurde festgestellt, daß Jagdettensiederbändern im Gesamtwert von 428 000 Mark unterstochen wurden. 15 Personen wurden in Haft genommen.

○ Jagdreviere für französische Offiziere. Zur Ausübung der Jagd durch Jagdgemeinschaften, die sich aus Offizieren der französischen Besatzungsmarine zusammensetzen, sind für dieses Jahr im ganzen besetzten hessischen Gebiet neun Jagden der allgemeinen Ausnützung durch Einheimische entzogen.

○ Große Schadensfeuer. Ein Großfeuer im Dorfe Neuberg im Kreise Greifenhagen hat 16 Familien obdachlos gemacht. Als Ursache des Großfeuers vermutet man Brandstiftung. — In Wiesungen bei Meiningen sind bei einem Großfeuer 20 Häuser und fast ebensoviel Scheunen mit der gesamten Ernte abgebrannt.

○ Opfer der Berge. In der Zeit vom 1. April bis 15. Juli sind in den Tiroler Bergen 28 Personen tödlich verunglückt, 78 Abgestürzte haben mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Zwei von einer Tour in das Dachsteinengebiet nicht zurückgekehrte Wiener Touristen sind von einer Rettungsgefechtung an der Südwand des Dachsteins erstickt aufgefunden worden.

○ Rücksprung eines deutschen Dampfers. Der frühere Hamburger Dampfer "Erna Wörmann", 5528 Brutto-Nettononnen groß, ist von der Wörmann-Linie von der Entente zurückgekauft und nach dem Werk von Blohm u. Voß gebracht worden, um dort instand gesetzt zu werden.

○ Hilsfer durch eine Brieftaube. Wie aus New York gemeldet wird, soll dort eine Taube erschöpft im Broadway niedergedrückt werden. Sie trug einen Hilsfer von dem bekannten Naturforscher Edmund Heller, der sich in den Hoodve-Pergen im Yellowstone Park vertreten hatte. Die Taube war 400 englische Meilen in vier Tagen geslogen.

Die neue Polizeistunde in Preußen.

Einheitliche Regelung im Reiche angestrebt.

Ein Erlass des preußischen Ministers des Innern gibt jetzt die Grundzüge bekannt, nach denen die Polizeistunde in Preußen neu zu regeln ist.

1. Vergnügungsparc, sogenannte Kummelpätze, sind mit Einbruch der Dunkelheit zu schließen. Es bleibt bei Ortspolizeibehörden jedoch überlassen, eine Verlängerung bis 1 Uhr einzutreten zu lassen.

2. Für Theatervorstellungen und ähnliche Darbietungen, sowie für alle Sichtspielvorstellungen ist die Polizeistunde auf spätestens 11½ Uhr festgesetzt.

3. Cafés, Speise- und Schankwirtschaften sind spätestens um 12 Uhr, Sonnabends um 1 Uhr zu schließen. Die Ortspolizeibehörden in größeren Städten und Dörfern sind berechtigt, bei nachgewiesenem dringenden Bedürfnis die Polizeistunde auch für die übrigen Tage bis 1 Uhr auszudehnen.

Es besonders geeignete Einzelhäuser, die einer besonderen Regelung bedürfen, z. B. für Wohltätigkeitsveranstaltungen, können Ausnahmen, in seinem Falle aber über 2 Uhr hinaus, gestattet werden. Der durch diesen Erlaß geogene Rahmen darf unter keinen Umständen überschritten werden. Überhaupt soll nur dem berechtigten Bedürfnis der Allgemeinheit entsprochen, nicht jedoch der Vergnügungs- und Verschwendungsucht gewisser Kreise Vorschub geleistet werden. Der preußische Minister des Innern hat sich außerdem in einem Kundschreiben an die Länder gewandt mit der Bitte, auf eine möglichst einheitliche Ausgestaltung der Polizeistunde durch sämtliche Länder hinzuwirken zu wollen.

Arbeiter und Angestellte.

Solingen. Forderungen der Industriearbeiter und Angestellten. Die Solinger Industriearbeiterchaft hat den Unternehmern jetzt bestimmte Forderungen überreicht und beantragt, die bestehenden Teuerungszuschläge für die Helmindustrie, sowie für die Fabrikarbeiter ab 1. September um 300 Prozent zu erhöhen. — Die technischen Angestellten beantragen eine Erhöhung der Teuerungszuschläge um 80 Prozent ab 1. August. — Die Kaufmännischen Angestellten fordern eine Erhöhung der Teuerungszuschläge und der Grundgehälter.

Kiel. (Gingefräste Beschäftigung auf den Werften.) Auf der Krupp'schen Germania-Werft wird mit Ausnahme einiger Abteilungen nur 32 Stunden in der Woche gearbeitet. Entlassen wurden Ende voriger Woche in der Schiffbauwerft 225 Mann. Im Maschinenbau sind 10 Entlassungen vorgenommen worden und über 200 vorgemerkt. Seitens des Stammhauses in Essen wird versucht, Arbeit von Ausland hereinzubringen, um so weitere Betriebs einschränkungen zu vermeiden. In der früheren Reichswerft (Deutsche Werke A.-G.) sind noch rund 7000 Personen beschäftigt. Die Arbeitszeit ist auf fünf Tage in der Woche, in einzelnen Abteilungen sogar auf vier Tage gestreckt. Trotzdem mußten im Schiffbau 100 und in anderen Betrieben 40 Arbeiter entlassen werden. Weitere Entlassungen stehen bevor. Die Waldarbeiter beschäftigen rund 4700 Personen. Da Neubauten vorliegen, ist ausreichende Beschäftigung vorhanden. An Arbeitslosen waren in Kiel am 16. August 2732 männliche und 883 weibliche gegen 2797 beziehungsweise 870 in der Vorwoche gemeldet.

Königswinter i. Br. (Der Bahnhof im polnischen Körbör.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß wegen der Unterbrechung des Körbör-Verkehrs infolge des polnischen Eisenbahnerstreiks die Berliner Centralstellen dringend gebeten worden sind, schleunigst für Abhilfe dieses unhalbaren Zustandes Sorge tragen zu wollen.

Junkersdorf. (Internationaler Bauarbeiterkongreß.) Bei dem soeben eröffneten Bauarbeiterkongreß sind Deutschland, Holland, Italien, Dänemark, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Luxemburg vertreten. Nach der Eröffnung wurde der Antrag der Italiener auf Zulassung der Vertreter des russischen Bauarbeiterverbandes abgelehnt, worauf die italienischen Delegierten den Saal verließen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde das von den Vertretern der kommunistischen Partei Deutschlands und der Moskauer Internationalen achtste Gruppe, dem Komitee betrieben zu dürfen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Wien. (Drohende Brotpreiserhöhung.) Infolge neuer Lohnforderungen der Bäckereiarbeiter droht wieder eine 30 prozentige Erhöhung des Brotpreises. Der Landeskauzimann erklärt, daß mit Rücksicht darauf, daß die Brotpreise erst am 7. d. M. erhöht werden sollen, von einer neuen Erhöhung der Brotpreise im Moment keine Rede sein könne; doch wollen sich die Bäckereiarbeiter damit nicht zufriedenstellen.

Leipzig
Mitglied

Program

Qlle Kultur ist V
lichen Willen
Kultur gebun
licher Natur.

Ziel der Kultur
Guten und Gerecht
die Gemeinschaft in
Leistungen. Pflicht
Erarbeitung sittliche
Erhaltung und zum
der Familie und der
schaft ist die Schaff
Erfüllbarkeit der Leb
ungehemmte Kräfte
Schranken in den Ju
leben der Gemeinde
ausgehende Zwang e
Kulturrevolution n
ersonlichkeit.

Alle Kulturentu
Erscheinung gebunden
der Menschheit ist
Nationen. Die ge
Volkes muß bescha
deutschen Wessens un
das höchste Ziel jeho
arbeit bedingt die
Leistungsnötigkeite
aus sittlichen, kulturell
gegeben ist.

ia auch gewiss machen, dann und wann, man hat Freunde und Bekannte, man lädt sich verleben, hier zu einem Spielchen, dort zu einer kleinen Torte. Aber trotzdem, Paul: der Gentleman ist in uns, auch wenn wir aus einfachen, bürgerlichen Standen sind, der verbietet uns doch alles, was sich nicht mit Ehre und Anständigkeit verträgt?"

Paul war wieder still und nachdenklich geworden.

"Ja, Vater. Es ist — so sollte es wenigstens sein."

"Ach! Richard Gehrmann erhob sich, rupfte die Weste auseinander und sah sich nach seinem Hut und Mantel um. Die leichte Bemerkung seines Sohnes schien er überhört zu haben, "ich selbst bin ja erst gestern in eine ähnliche Lage geraten."

"Du hast verloren?"

Paul horchte auf; in Ton und Haltung des Vaters lag plötzlich etwas Schentes und Gedräusches.

"Natürlich, nur — ich habe eine kleine Dummheit gemacht. Ich war mit einer kleinen Gesellschaft zusammen; auch unser alter Freund Molenski war darunter, und da — wir kamen so, eigentlich ohne daß wir es wollten, zu einem kleinen Jem."

"Du hast verloren?"

Der Kohlenhändler nickte nur.

"Wieviel darf ich Dir geben, Vater?"

Paul stand auf und ging zum Schreibtisch.

"Ach, es ist — ich könnte ja schließlich Mutter darum bitten. Aber Du kennst sie ja, Du weißt, wie genau sie rechnet."

Richard Gehrmanns stolzes Selbstbewußtsein, daß er gern zur Schau trug, mit dem er selbst vor Frau und Kind zu paraderieren pflegte, war tatsächlich in ein Nichts zusammengepufft. Neuherzig aber suchte er wenigstens immer noch einen Rest davon zu wahren, indem er die Arme über der Brust verschränkte, im Zimmer umherspazierte und angelegentlich die Decke und die Wände beschautte.

Paul verlor die Geduld nicht. Er kam zu den Vater; er wußte, daß er spielte, und im Augenblick war er durch die vorausgegangene Unterhaltung mit ihm so sehr mit sich beschäftigt, daß ihn nicht einmal die Höhe der verlorenen Summe interessierte.

"Du kennst ja unsere Vereinbarung, Vater. Ich will nicht.

doch Ihr — Du und die Mutter — auch nur in der allergeringsten Verlegenheit seid. Es ist nicht nur meine Pflicht, sondern auch mein gutes Recht, Euch zu helfen. Nein mit die Summe! Sind es ein paar Hundert, sind es ein paar Tausend? Es ist ja so gleichgültig, es kommt gar nicht auf die Höhe an. Ich habe es dazu. Du weißt es. Wenn ich es heute nicht Dir gebe, der Du es brauchst, so werde ich es vielleicht morgen für eine Sache hin, die ich nicht brauche."

Paul hatte das alles in gleichgültigem Tonte gesagt; es klang ein wenig blaß, aber es lag nichts Prodiges darin. In Anfang hatte er ein paar schöne Worte gemacht, halb unbewußt, als könne er sich dadurch vor sich selbst rechtfertigen; es war ein schwacher Versuch gewesen, dadurch über eine fehlende Verstimmung hinweg zu kommen.

"Es sind — der Kohlenhändler tat, als wüßte er erst überlegen — nun, Paul, wenn es Dir im Augenblick nicht allzu unangenehm ist, so könne ich Dich mit 400 Mark sehr gut aus der Notlage helfen."

Paul sagte nichts. Er nahm sechs oder sieben blaue Scheine, wie sie ihm gerade in die Hand fielen, aus der kleinen Geldtasche und reichte sie dem Vater.

"Aber, das sind ja — nein, Paul! Das wäre unrecht!"

Paul sah nachdenklich zu Boden und schüttelte den Kopf. "Wie unrecht! Ich wollte, ich hätte höher — und könnte in Zukunft all mein Geld auf so gute Weise verwenden!"

"Ach so gute Weise, sagt Du?" Richard Gehrmann gestellte plötzlich in einer neuen Rolle: er spielte den Gecknischen und fragte sich selbst an, "wie die Spielschulden Deines alten, leichtsinnig gewordenen Vaters zu bezahlen?" O, mein Sohn! Ein Kind soll nicht rechnen mit seinem Vater, das steht wohl schon in der Bibel, aber wenn Du es heute in dieser Stunde nun wolltest, so hättest Du ein Recht dazu. Ich weiß wohl, ich vernachlässige Weib und Kind und lasse mich von dem Teufel locken. Aber, Alter schlägt vor Torheit nicht, und wie Menschen sind nun einmal schwache Wesen! Dieses Geld bleibt selbstverständlich ein Darlehen, Paul! Nur unter dieser Bedingung nehms ich es. Und ich würde es auch nicht tun, wenn es sich hier nicht um eine Ehrenhaftigkeit handelte, die ich auf mein Wort als Cavalier und Gentleman genommen. Da ein Wicht Dich mit so recht geben."

253,2

Städte, auch mit
bleibt den Durch-
satzung bis 10%

Verhandlungen,
Polizei und auf

virtschaften sind
zu schließen. Die
und Geburten
n Bedürfnis die
ihre auszudecken.
die einer be-
V. für Wohl-
nen, in seinem
werden. Der
f unter keinen
t soll nur dem
t entsprochen,
wendungssucht
Der preußische
einem Rund-
Bitte, auf eine
Polizei und

llte.

mitarbeitet
industriearbeiter-
erungen über-
ngszuschläge für
e am 1. Septem-
chen Angestellten
schläge um 80
en Angestellten
und der Grunde
tigung auf
Bermaniawerk
zu 32 Stunden
Ende voriger
nn. Im Ma-
men worden
ammhaus in
vereinabkommen
en zu vermei-
z Werke A.-G.)
Die Arbeitszeit
n Abteilungen
hten im Schiff-
eiter entlassen
or. Die Ho-
en. Da Neu-
ung vorhan-
1. August 2732
gleichsweise

ff im pol-
Seite wird
des Korridor-
arbeiterstreiks
worden sind,
en Zustand

Bauarbeiter-
t, Dänemark,
enburg ver-
Antrag der
äischen Bau-
mischen De-
Verlauf der
der kommuni-
kauer Unter-
wohnen zu

r h u n g)
arbeiter droht
Brotereiens-
dicht darauf,
worden seien,
im Moment
die Bäderz

der allge-
Pflicht, son-
ne wie die
paar Lan-
schaft auf die
ich es heute
es vielleicht

gesagt; es
iges darin.
nacht, halb
st rechtzeitig
durch über

alltägliche er erst
enblüte nicht
Mark sehr
eben blau-
us der Flei-
recht!
den Kopf;
und könnte
aden!"

nannu gefiel
erfürschtet
ines alten,
ein Sohn
steht wohl
er Stunde
sehr wohl,
von dem
, und wie
ieses Geld
unter dieser
nicht tun,
ste, die ich
nun. Da-

253,2

Leipziger Bürger-Ausschuss

Mitglied des Landesbürgerrats Sachsen und des Reichsbürgerrats

Programm der Bürgerräte und Bürgerausschüsse zusammengeschlossen im Reichsbürgerrat Sitz Berlin

Qlle Kultur ist Meisterung der Natur durch menschlichen Willen und Geist. Unauflöslich ist deshalb Kultur gebunden an die Gegebenheiten menschlicher Natur.

Ziel der Kulturarbeit ist die Verwirklichung des Guten und Gerechten durch den Einzelnen wie die Gemeinschaft in ständiger Wechselwirkung ihrer Leistungen. Pflicht und Recht des Einzelnen ist die Erarbeitung städtischer und wirtschaftlicher Güter zur Erhaltung und zum Aufstieg der eigenen Persönlichkeit, der Familie und der Gemeinschaft; Aufgabe der Gemeinschaft ist die Schaffung der Voraussetzungen für die Erfüllbarkeit der Lebensausgabe des Einzelnen. Die ungehemmte Kräfteentfaltung des Einzelnen findet ihre Grenzen in den städtisch bedingten Lebensnotwendigkeiten der Gemeinschaft; der von der Gemeinschaft ausgehende Zwang erhält seine Grenze an der für die Kulturenwidlung notwendigen Freiheit der Einzelpersönlichkeit.

Alle Kulturenwidlung ist in ihrer geschichtlichen Erscheinung gebunden an das einzelne Volk; die Kultur der Menschheit ist daher der Arbeitsertrag aller Nationen. Die gesamte Kulturarbeit des deutschen Volkes muß deshalb ausgehen von der Eigenart deutschen Wesens und in seiner wachsenden Vollendung das höchste Ziel sehen. Die Vielfältigkeit der Kulturarbeit bedingt die Vielfältigkeit der Berufe, deren Leistungsnötwendigkeit und daher Gleichberechtigung aus städtischen, kulturellen und staatsbürgerschen Gründen gegeben ist.

Aus dieser Grundauffassung vertritt der Reichsbürgerrat folgende staatsbürgersche, kulturelle und wirtschaftliche Forderungen für das deutsche Volk:

I.

1. Wir bekennen uns zu unserem Volkstum, zur staatlichen Einheit aller deutschen Stämme in ihrer geschichtlich gewordenen Vielfaltigkeit. Wir geloben, werktätig zusammenzustehen mit allen Deutschen in der Welt.

Wir wünschen friedliche Verständigung der Nationen, gemeinsame Arbeit zur Verwirklichung allgemeiner Menschheitsideale. Wir verlangen darum das unbeschränkte Recht auf Selbstbestimmung für alle Völker.

Vor allem übrigens fordern wir die Wiedergutmachung des uns Deutschen durch den Versailler Frieden zugefügten Unrechts. Wir erklären, daß ohne vorhergehende Verwirklichung dieser unverjährbaren nationalen Forderung eine friedliche Völkerverständigung auf die Dauer unmöglich ist.

2. Wir halten an der geschichtlich gewordenen Tatsache fest, daß die oberste Gewalt im Staate vom Volke ausgeht. Das Recht der Mehrheit, die Staatsform zu bestimmen, muß unantastbar bleiben. Aus dieser Überzeugung heraus werden wir allen Versuchen, die Verfassung gewaltsam zu ändern, entschlossenen Widerstand entgegenstellen.

Wir verwiesen jede Klassenherrschaft und verfeindigen die Gleichberechtigung aller Volksgenossen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Brenn

Raunt

Im

Freitag,

14 cm hoch, und 29

1 bis 3 cm.

Fotostrieverver

Kleine

* In Berlin w
kommen zwischen

* Die Reichsregie

nung zum Schutz de

* Der ermordete

dern in Überach ve

* Die sozialdemok

große gemeinsame S

und für die Repub

* In Potsdam w

monstration zwei K

Schwanzpolizisten erkl

* Die Tagung de

schleien hat in Gen

tertiggestellt.

* Der ehemalige S

stimmung zur Veröf

Erinnerungen.

Drohne

Beerdigung

Berlin. Die Be
mehr in Süderich, dem
soll, in dem Verneh
schen worden. Bis
fert sein Ende erreicht
der Zentrumspartei G

Der

Berlin. Der Rei
 durch Selbstmord ver
 dorster der Präsidenten
 Frank zum Staats
 Reichsverkehrsminister

Die Verfol

Offenburg: Zu
die Offenburger Zeitu
den Täter gingen in
beiden Abgeordneten
Söhne fiel. Es wir
holt im Vorbeigehen
beobachteten. Das wu
tag morgen in den W
erten sie in der Richt
Straßenwart nach der
hunde verfolgten die
Fluchtrichtung festste
dormiere umhüllt.

Beabsichtigter

Bielefeld. In e
Bahn Köln-Hannov
spielende Kinder eine
mene Radgräben
lichen Sprengstoffe
zutage. Der Spreng
liegt aber die Vermut
geplant war.

Schieherei zwischen

Magdeburg. Bei
feht kam es bei den be
Zusammenstoß zwische
verbaut, Obersleben i
inden und Unabhängi
jähriger Oberpostdirek
Siedlung getötet. D
größeren Umfang an.

Wissenschaft

München. Vom 4
unter dem Protektorat
7. ordentliche Mitglied
Gesellschaft für Luftab
Stützungen sind Ausflü
Besichtigung der dorti
chinenfabrik Augsburg
inger U.-G. und der
Besichtigung des deut
Außerdem finden eine
lauterer Vorträge staBusammenbuch e
Dortmund. Auch d
u. Co. in Dortmund
Gesamtansicht hat
Schwärme unter Sie

Nur ein Volk, das sich selbst in der Gewalt hat, kann feindlicher Vergewaltigung widerstehen. Daher erklären wir als oberste Pflicht jedes Staatsbürgers, für Ruhe und Ordnung, die Grunblage aller Arbeit, mit seiner ganzen Persönlichkeit einzutreten. Die Erziehung unseres Volkes zu solcher Gesinnung und ihrer Betätigung soll unsere Aufgabe sein. Reichs- und Einwohnerwehr als Schutz staatlicher Sicherheit werden wir fördern. In der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht sehen wir ein wichtiges Erziehungsmittel zu staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein unseres gesamten Volkes.

5. Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes kann nur gelingen, wenn unabhängig von Partei und Konfession alle zu solcher Pflichterfüllung sich zusammenfinden, die sich zu unserer Überzeugung bekennen; nur ihr fester Zusammenschluß verbürgt den Erfolg gemeinsamer Arbeit und Abwehr.

II.

Deutsche Art hat von altersher ihre höchste Vollendung in der Entwicklung zur selbstverantwortlichen Persönlichkeit gesucht und gefunden. Wir erhoffen die Erneuerung unseres Volkes von der Selbstbesinnung auf deutsche Art in Anlehnung an die großen Überlieferungen unserer Geschichte.

Die sittliche Wiedergeburt erwarten wir von der Wiedererweckung religiösen Gemeinschaftsgefühls, von der Erziehung der Jugend zu charakterfesten Staatsbürgern, von der Verleistung und Verbreitung der Volksbildung zur Entfaltung aller schöpferischen Kräfte, von der Schönungslosen Bekämpfung jeder Unrechtschaffenheit.

III.

Wir sehen in der Eigenwirtschaft die wesentliche Grundlage alles materiellen und kulturellen Fortschritts; zugleich erblicken wir in der Gemeinwirtschaft eine notwendige Ergänzung, sobald sie den Bedürfnissen der Allgemeinheit besser dient und sich selbst zu erhalten vermag.

Die freie Eigenwirtschaft in Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft wird von uns mit allen Kräften gefordert werden, denn sie ist die unentbehrliche Voraussetzung wirtschaftlichen Aufblühens und eines gesunden Aufbaues der Gesamtbevölkerung.

Der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit ist unabdingt notwendig. Die Gleichstellung der Arbeitnehmerchaft mit dem Unternehmertum muß jenseit durchgeführt werden, wie es die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft im weltwirtschaftlichen Wettbewerb heute zulassen. Höchstes Ziel der Arbeit ist das Gemeinwohl: Arbeit ist die erste Bürgerpflicht. Alle Arbeit muß unter staatlichem Schutz stehen. Die Erziehung unseres Volkes zur Kenntnis dieser wirtschaftlichen und sittlichen Notwendigkeit ist nur möglich, wenn lediglich nachweisbar unverschuldet Arbeitslosigkeit öffentliche Hilfe erhält.

Wie das deutsche Volk unter den Nationen der Erde der Freiheit zur friedlichen Kräfteentaltung bedarf, so muß jedem Volksgenossen Licht und Raum zur inneren und äußeren Freiheit gesichert werden. Daher verlangen wir die folgerichtige Durchführung einer allgemeinen Siedlungs- und Wohnungsreform als greifbares Mittel, alle Deutschen von Neuem mit Liebe zur Heimat zu erfüllen und mit dem Schicksal des Vaterlandes unlösbar zu verbinden.

Aus diesen Grundsätzen heraus müssen die einzelnen Bürgerräte das öffentliche Leben in Staat und Gemeinde überwachen, die Parteien zum Wohle des Ganzen zusammenführen und als über den Parteien stehende Vertretung Willen und Meinung der gesamten Bürgerschaft zur Verwirklichung bringen.

